

Migrationsprobleme

Der Migrationsdruck bleibt aber insbesondere in Afrika hoch. Vielerorts wächst die Bevölkerung stark, und das Wohlstandsgefälle zwischen Westeuropa und vielen Staaten auf dem südlichen Nachbarkontinent ist nach wie vor sehr gross. In den kommenden Jahren und Jahrzehnten werden tendenziell mehr Menschen versuchen, nach Europa zu gelangen. Daran dürfte auch der – auf tiefem Niveau – steigende Wohlstand in vielen Herkunftsländern wenig ändern. Diese Entwicklung könnte sogar mehr Personen in die Lage versetzen, überhaupt die Reise nach Europa zu unternehmen.

Gemäss UNHCR waren Ende 2018 weltweit 70,8 Millionen Menschen auf der Flucht.

Konkrete Befragungen hätten ergeben, dass ein gewisser Teil der Konfliktzunahme mit Migration zusammenhängt: „Als zentrale Anzeichen für die Verschlechterung der Stimmung innerhalb der Anwohnerschaft werden Zuwanderung (48,9 Prozent), erhöhter Sicherheitsbedarf (47,7 Prozent) sowie die soziale Zusammensetzung (31,8 Prozent) genannt.“

„Auf der einen Seite gibt es eine positive Betrachtung der Entwicklung der deutschen Einwanderungsgesellschaft“, heisst es in der Studie. „Auf der anderen Seite hingegen werden seit 2018 innerhalb der Wohnungswirtschaft immer mehr Stimmen laut, die von Überforderung, belastenden und konfliktvollen Situationen mit Mieterinnen und Mietern sowie von Auseinandersetzungen berichten, die in Gewalt oder der Androhung von Gewalt gegenüber den Beschäftigten endeten und in der Regel, ausgesprochen oder nicht, im Zusammenhang mit Zuwanderung und

Auf die Frage nach konkreten Ursachen für Konflikte hätten die Mitarbeiter der Unternehmen aufgezählt: „lauteres Wohnverhalten von Migranten“, ein „langer Aufenthalt auf öffentlichen Flächen“, „Schwierigkeiten bei der Einhaltung der Hausordnung“, die festgestellte „Perspektivlosigkeit vieler Zugewanderter“ und die „Flüchtlingsheime“.

Die Forscher betonen, dass die sogenannte ethnische Segregation nur Teil einer insgesamt zunehmenden Segregation, also Abspaltung bestimmter gesellschaftlicher Gruppen, sei. „Aktuelle Studien bestätigen, dass die räumliche Konzentration von Menschen, die ein hohes Armutsrisiko aufweisen beziehungsweise bereits arm sind, eindeutig zugenommen hat“, stellen die Minor-Experten fest.

„Dabei handelt es sich um eine erzwungene Segregation, die, verursacht durch Wohnraumverknappung und steigende Mieten, einkommensschwache Personen verstärkt in bestimmte Quartiere drängt.“ Auch der Immobilienboom mit den steigenden Preisen ist also eine Ursache für wachsende Konflikte.

Migrationsprobleme

„Wir wollen unser Vaterland an unsere Kinder vererben und nicht an Migranten“ Viktor Orban anlässlich des ungarischen Nationalfeiertags am 20. August. Was hinterlassen/vererben „wir Deutschen“ unseren Kindern?

Ich sehe die Probleme Tag für Tag in den Brennpunktstadtteilen. Es ist für uns unmöglich dort zu wohnen. Schuld daran ist die massenhafte Armutsmigration von Menschen die unsere Kultur nicht verstehen und nicht verstehen wollen. Die überall rumliegende Schalen von Sonnenblumen um die Parkbänke sind dabei nur ein kleines Ärgernis. Bei gebildeten Migranten sehe ich das Problem überhaupt nicht. Leider werden uns die Armutsmigranten noch über Jahrzehnte auf der Tasche liegen und die Behörden belasten.

Das sich alles verändert war doch jedem klar. Und die Einwanderer bringen ihre Kultur und Probleme mit. Aber jetzt sind sie eben hier und man muss sich damit arrangieren.

Ich habe in Berlin schon zweimal erlebt, dass Migranten aus Afrika und arabischen Ländern ihren Müll einfach zum Fenster hinauswarfen. Ermahnen half nichts. Manchmal sind die kulturellen Vorstellungen unterschiedlich. Zu teuren Mieten: Laut Links-Grün ist dafür ausschließlich die Profitgier der Vermieter schuld. Dass mehrere Millionen Zuwanderer seit 2015 den Wohnraum auch verknappen und verteuern, müsste selbst dem Dümmden klar sein. Nur sagen tut es keiner.

Die kulturellen Unterschiede sind eben zu groß und für die einen sind die anderen eben auch noch die Ungläubigen. Gettos die sich selbst regieren wird früher oder später zur Normalität werden, in manchen herrscht dann als Clan-Gesetz oder Scharia und in anderen wahrscheinlich durch Zäune Mauern getrennt dann ein Überwachungsstaat.

Wer auf Respekt für seine Kultur besteht, sollte auch Respekt für die Kultur seiner Gastgeber zeigen. Umsonst unterstellt man im Ausland den Deutschen nicht Ordnung und Fleiß als positives Vorurteil. Wenn ich mir ganz bewusst dieses Land als neue Heimat aussuche, befasse ich mich doch vorher mit deren Kultur. Sicher und in Frieden lebt man auch in weniger weit vom Heimatland entfernten Ländern.

Was haben denn alle geglaubt, was passieren wird, wenn unterschiedliche Kulturen in dieser Menge aufeinanderprallen. Dafür braucht es keine Forschungsstudie. Jeder normal denkende Mensch konnte das voraussehen

Lange Zeit haben wir mit dem Finger auf Frankreich gezeigt wegen ihrer Banlieues, den sozialen und kriminellen Brennpunkten in den Randgebieten der Großstädte. Leider haben wir daraus nichts gelernt, sondern werden bald sehr ähnliche Probleme erleben.

Migrationsprobleme

Das hört sich ja, wie es hier beschrieben ist noch gerade beherrschbar an. Aber man muss die Entwicklung betrachten. Das sitzen dann ganze Generationen von Hartz IV zusammen und vererben ihr Verhalten. Mit 3 Kindern lässt es sich ja auch gut leben. Schade um die Kinder, die das Verhalten erben und mit in die Brennpunktschule bringen. Es gibt genügend Beispiele in anderen Ländern wohin das Laizzes faire führt. In die Banlieus in Frankreich traut sich ja die grundsätzlich toughere Polizei nur in Mannschaftsstärke.

Diese gravierenden Probleme für den sozialen Frieden in Deutschland durch die von Merkel und ihren Vasallen ausgelöste unkontrollierte Masseneinwanderung waren für jeden Vernunftbegabten vorhersehbar. Warner und Mahner hat die politmediale Kaste diskriminiert und in die rechte Ecke abgeschoben und stattdessen die Mär von der Einwanderung von Fachkräften und deren Integrationsfähigkeit und -willigkeit verbreitet. Die gravierenden Fehlentscheidungen bar jeglicher Vernunft haben das Land bis in die Grundfesten erschüttert und werden längerfristig zu bürgerkriegsähnlichen Unruhen führen, wie die CIA schon vor Jahren wegen der nicht integrierbaren muslimischen Parallelgesellschaften prognostiziert hat. Die abgehobenen, realitätsfernen Politiker tangiert diese beunruhigende Entwicklung jedoch in keinsten Weise. Statt sich der Realität und der Vernunft zu öffnen, folgen sie in ihrer ideologischen Verblendung ihren Visionen von „no border - no nation“ und halten die Utopie vom multikulturellen Paradies aufrecht. Diese völlig irrationale Politik hat die Bevölkerung nicht nur mit horrenden Milliardensummen sondern auch mit der Erosion der inneren Sicherheit und des inneren Friedens bitter zu bezahlen. Wenn nicht endlich eine Kehrtwende in der Migrationspolitik eingeleitet wird, geht das Land auf den Abgrund zu !

Selbstverständlich konnte man das nicht kommen sehen. Selbstverständlich ging man davon aus, dass bei uns alles anders werden würde als z. B. in Frankreich (Marseille, Paris, Banlieus). Und diejenigen, die sich am schlechtesten wehren können, haben das Problem an der Wohnungstür nebenan.

Nun hat der Kanton Zürich einen neuen rot-grünen Moloch, der nur Dank dem interkantonalen Finanzausgleich überleben kann. Dass zwei Weltkonzerne (Biomet und Wärtisla) im Februar bekannt gaben, diesem links-grün-roten Sumpf den Rücken zu kehren scheint die Bevölkerung nicht im Geringsten zu kümmern, zu stark ist man bereits in den staatlich-organisierten Filz eingebunden und profitiert davon, sei es als Sozialarbeiter, Heilpädagoge, Integrationsbeauftragte, Umweltfachfrau, Steuerbeamter, Lehrer etc. Alles Jobs, die nun mal kein Wachstum bringen sondern nur kosten und somit ist es kein Wunder, dass die Steuerkraft dieser grün-roten Wohlfühloase

Migrationsprobleme

kontinuierlich sinkt. Wieso eine solche Politik noch mit kantonalem Geld mitsubventioniert ist durch Nichts zu rechtfertigen.

Dass durch die Personenfreizügigkeit Tausende von billigen EU-Grenzgängern auf den lokalen Arbeitsmarkt drängen, verschärft die Situation zusätzlich. In den letzten 5 Jahren hat die Zahl der EU-Grenzgänger um rund 19 % auf 8'639 Personen (Stand Juni 2020) zugenommen. Angesichts der steigenden Arbeitslosigkeit in Frankreich ist davon auszugehen, dass künftig noch mehr billige EU-Grenzgänger und -Zuwanderer auf den Schweizer Arbeitsmarkt drängen werden. Wie andere Grenzregionen, so leidet auch der Kanton Jura stark unter Lohndumping und unter der Verdrängung von vor allem älteren Arbeitnehmenden.

Neutrale Schweiz – aber im engen Verbund mit der NATO?

Christian Müller / 29. Aug 2020

Das VBS verschweige, dass neue Kampffjets nur im Verbund mit der NATO sinnvoll sind, schreibt Stefan Schmid von CH Media.

Stefan Schmid, seines Zeichens «Chefredaktor Ostschweiz» des Zeitungsverbundes CH Media (darunter die Aargauer Zeitung, die Solothurner Zeitung, die Luzerner Zeitung, das St. Galler Tagblatt, die Thurgauer Zeitung, die Urner Zeitung und etliche weitere Titel), übernimmt die Aussage eines NATO-Mannes wörtlich: «Die Schweizer Luftwaffe ist von der NATO abhängig – ohne Zusammenarbeit wäre sie <blind, taub und wehrlos> (...).»

Stefan Schmid schreibt in seiner [Analyse](#): «Im Vorfeld der Abstimmung vom 27. September ist sie wieder einmal hoch im Kurs: die Geschichte vom neutralen Land, das sich inmitten Europas und umzingelt von Nato-Staaten aufwändig selber verteidigen muss. – Die Schweiz sollte sich im Falle eines militärischen Angriffs <möglichst unabhängig von anderen Staaten oder Organisationen verteidigen können>. Diese Sätze stehen zuoberst auf der Webseite des Verteidigungsdepartements VBS. Und sie werden von Befürwortern der neuen Kampfflugzeuge bei jeder Gelegenheit wiederholt. Bloss: Von Unabhängigkeit kann keine Rede sein. Dass die schöne Geschichte vom wehrhaften, neutralen Kleinstaat nicht der Realität im 21. Jahrhundert entspricht, ist offensichtlich. Ohne die Nato wäre Deutschland <blind, taub und wehrlos>, sagte vor einem Jahr Wolfgang Ischinger, Chef der Münchner Sicherheitskonferenz, angesprochen auf die Gefahr eines amerikanischen Rückzugs aus Europa. Zum Vergleich: Deutschlands Verteidigungsausgaben sind rund zehnmal höher als jene der Schweiz. Und trotzdem gilt: Alleine geht es nicht.»

Migrationsprobleme

Stefan Schmid weiter: *«Die Aussage des deutschen Spitzendiplomaten trifft deshalb eins zu eins auch auf die Schweiz zu, wie Recherchen zeigen. «Die Idee von einer möglichst autonomen Verteidigung ist ein Scherz», sagt ein Schweizer Ingenieur, der in der Kampfjetindustrie geforscht hat. Das VBS blende technologische und strategische Abhängigkeiten von der Nato aus neutralitätspolitischen Gründen aus. Anstatt der Bevölkerung das Ausmass der internationalen Kooperation verständlich zu machen, gaukle man ihr vor, man wolle möglichst unabhängig operieren. Dabei sei klar: Die Verteidigung der Schweiz beginnt an den Grenzen Europas. Und sie kann nur im Verbund mit den Nachbarstaaten sichergestellt werden.»*

Wie also am 27. September abstimmen?

Die Analyse des prominenten CH Media-Mannes aus St. Gallen ist bemerkenswert. Was er in der Formulierung «die Verteidigung der Schweiz beginnt an der Grenze Europas» unter den «Grenzen Europas» versteht, bleibt allerdings im Dunklen.

Schockierend indessen ist, was Stefan Schmid in seinem [Kommentar](#) schreibt, den er seiner Analyse beigelegt hat:

«Die Schweiz braucht neue Kampfflugzeuge nicht deshalb, weil man sich selbst verteidigen muss. Man braucht sie, um solidarisch mit den Nachbarstaaten für die Sicherheit Europas zu sorgen. Eine klassische Verbundaufgabe. Zu viel lastet auf den Schultern der USA. Europa muss mehr Verantwortung übernehmen. Und zu diesem Europa gehört auch die Schweiz. Die Neutralität steht dabei nicht im Weg. Sie bedeutet, dass wir keine Kriege anzetteln und uns auch nicht daran beteiligen wollen, sofern wir nicht selbst angegriffen werden. Darüber hinaus hat sie keine Bedeutung mehr.»

Chefredaktor Stefan Schmid plädiert also a) für den Kauf von neuen Kampfjets und b) für eine Integration der Schweizer Armee und Flugwaffe in die (US-dominierte) NATO – zur wirtschaftlichen Entlastung der USA.

Weiss Stefan Schmid überhaupt, was die NATO ist?

Das Ziel der NATO ist nicht die Verteidigung

Wer [die Geschichte der NATO](#) einmal angeschaut hat, weiss es: Die NATO definiert sich als Verteidigungsbündnis – so wie sich die meisten Kriegsministerien als Verteidigungsministerien bezeichnen. Die Realität aber ist eine andere: Die NATO hat noch nie irgendwo einen Angriff abgewehrt, sie hat aber schon etliche Male entgegen ihren eigenen Grundsätzen in anderen Ländern eingegriffen. Gerade in diesen Tagen kann man in der Ukraine wieder sehen, wie die NATO operiert und dabei ihre eigene «Verfassung» bewusst umgeht.

Migrationsprobleme

Ukraine-Präsident Wolodymyr Selenskyj hat der «Special Operations Force» der Armee einen neuen Chef verpasst: General Hryhoriy Halahan. Dazu schreibt [die «Kyiv Post» am 27. August](#):

«Ukraine's Special Operations Force was established as a new standalone military branch in early 2016 with support primarily from the United States, Estonia, Lithuania, and the United Kingdom. The highly-classified formation force aims at bidding farewell to the old traditions of Soviet Spetsnaz and creating a modern special operations force fully compatible with NATO regulations. It declares conducting highly-sensitive operations in realms of intelligence, psychological warfare, counter-terror, as its primary scopes of activity.»

(Zu Deutsch: «Die Sondereinsatztruppe der Ukraine wurde Anfang 2016 als neue eigenständige militärische Einheit eingerichtet, die vor allem von den USA, Estland, Litauen und dem Vereinigten Königreich unterstützt wird. Die hochklassifizierte Formationstruppe zielt darauf ab, sich von den alten Traditionen der sowjetischen SpezNas (Spezialeinheit des Nachrichtendienstes; Red.) zu verabschieden und eine moderne Spezialeinsatztruppe zu schaffen, die voll und ganz mit den NATO-Vorschriften übereinstimmt. Sie erklärt die Durchführung hochsensibler Operationen in den Bereichen Nachrichtendienst, psychologische Kriegsführung und Terrorismusbekämpfung zu ihrem vorrangigen Aufgabenbereich.»)

Und die «Kyiv Post» weiter: *«Many experts note the unit as Ukraine's most rapidly developing branch of service as part of the 2020 defense reform to achieve full compatibility with NATO. As of 2020, the force has been provided with capabilities for operations on the ground, in the sea, and in the air, as well as in cyberspace. – In June 2019, Ukraine's 140th Special Operations Center based in Khmelnytsky was certified by NATO and was admitted to being deployed with NATO Response Force (NRF), the multinational military formation kept by the Alliance in high-readiness on the regular basis to respond to very immediate threats.»*

(Zu Deutsch: «Viele Experten bezeichnen die Einheit als den sich am schnellsten entwickelnden Dienstzweig der Ukraine im Rahmen der Verteidigungsreform 2020, mit der die volle Kompatibilität mit der NATO erreicht werden soll. Seit 2020 ist die Truppe mit Fähigkeiten für Operationen am Boden, zur See und in der Luft sowie im Cyberspace ausgestattet. – Im Juni 2019 wurde das 140. ukrainische Sondereinsatzzentrum mit Sitz in Chmelnyzky von der NATO zertifiziert und zum Einsatz bei der NATO Response Force (NRF) zugelassen, der multinationalen militärischen Formation, die vom Bündnis regelmässig in hoher Bereitschaft gehalten wird, um auf unmittelbare Gefahren zu reagieren.»)

Migrationsprobleme

Das ist die NATO. Weil sie gemäss ihren Statuten die Ukraine ihres Bürgerkrieges in Donetsk und Luhansk wegen nicht als Mitglied aufnehmen kann, arbeitet sie einfach ausserhalb der Mitgliedschaft engstens mit der ukrainischen Armee zusammen und «zertifiziert» die ukrainische «Special Operations Force» nach NATO-Kriterien!

Die Schweiz im NATO-Verbund?

Will die Schweiz wirklich im Verbund mit dieser NATO sein – notabene heute, nicht damals vor 1991, als alle Angst vor den Kommunisten hatten? Wir, die neutrale Schweiz? Und soll die Schweiz wirklich zur wirtschaftlichen Entlastung der USA – siehe Stefan Schmid – für sechs Milliarden Franken neue Kampfjets kaufen?

Neutral sein und gleichzeitig gewollt im NATO-Verbund: Die politische Schizophrenie der Schweiz ist programmiert.

Die gewerkschaftsnahe Otto-Brenner-Stiftung stellte 2017 in einer Studie fest, dass in der Flüchtlingskrise «grosse Teile der Journalisten ihre Berufsrolle verkannt haben. Statt als neutrale Beobachter die Politik kritisch zu begleiten und nachzufragen, übernahm der Informationsjournalismus die Sicht, auch die Losungen der politischen Elite. Die Befunde belegen die grosse Entfremdung, die zwischen dem etablierten Journalismus und Teilen der Bevölkerung entstanden ist.» Ganz hat sich der öffentliche Diskurs von diesem Erkenntnisschock nicht erholt. Der Raum für Zwischentöne ist zwar gewachsen, geblieben aber ist der problematische Teil des «Wir schaffen das»-Moments: die Moralisierung der politischen Rede und die gesellschaftliche Entfremdung.